

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einchl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 4. Oktober 1921

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Rechtanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 115

Politik und Wirtschaft

Dr. Stresemann, das politische Chamäleon aller deutschen Börsen, Handels-, Industrie- und sonstigen Profitbarone, hat kürzlich in zwei Reden (Lindenscheid und Worzheim) behauptet, daß er die Zeit gekommen sieht, den derzeitigen Reichshaushalt Dr. Wirth aus dem Sattel zu werfen, um sich selbst auf das Wohl der deutschen Außenpolitik zu schwingen und aus dem gegenwärtigen Verzweiflungsrill der deutschen Volkswirtschaft noch größere „vaterländischen“ Profite für die Kapitalisten aller Nationen und Konfessionen herauszukampfen. Der Griesbacher Meuchelmord und die Mesbacher Schießereien sind typische Begleiterscheinungen dieser politischen Atmosphäre, unter der die deutsche Republik dahinvegetiert und schließlich verblutet, wenn nicht in aller Eile von unten herauf oder von innen heraus ein Gefundungsprozeß sich Luft schafft, der alle Kräfte wie Handarbeiter vereinigt und in einer geschlossenen Abwehr aller politischen wie wirtschaftlichen Wucher Tendenzen die noch einzige Rettung finden läßt.

„Wirtschaftliche Schicksalsfragen“ sind es nach wie vor, die den Interieur aller politischen Parteien bilden. Ihnen nach innen wie außen auf die Spur zu kommen, sie zu erkennen, heißt den Weg zur Befreiung aus der privatkapitalistischen Umstrickung und Erdrückung zu finden. In Nr. 96 haben wir dieses Thema schon angechnitten und erläutert. Heute gilt es auf diesem Wege tiefer zu gehen. Die wirtschaftliche Lage der letzten Zeit, besonders bezüglich außerpolitischer Vorkommnisse, sind dazu anlangend, die Möglichkeiten eines Umschwungs für Deutschland in absehbarer Zeit zu beschleunigen. In erster Linie gilt dies von den Wirkungen der Kriegslasten Deutschlands aus dem Friedensvertrage nicht nur für unser Land selbst, sondern ebenso sehr für unsere Gläubiger, die sogenannten Siegerstaaten. Je mehr sich nämlich die Auswirkungen der deutschen Erfüllung des Friedensvertrags zu Wohlposten der Wiedergutmachung entwickeln, desto schwerer legen sich diese auf die wirtschaftliche Entwicklung der Siegerstaaten, bringen deren Produktion und Absatzmöglichkeiten in Anordnung und zum Stoclen. Je tiefer die deutsche Mark im Auslande sinkt, desto tiefer sinken die Preise aller deutschen Ausfuhrwaren und werden eine immer größere Gefahr für die ausländische Produktion selbst. Antidumpinggesetze sind nur ein schwacher Vorbehalt dagegen, und selbst das französische Säbelfahrer wegen deutscher Antipathie gegen französische Luxuswaren entbehrt nicht des Charakters wirtschaftlichen Unbehagens. Die sinkende Kaufkraft der Mark reduziert auch die Kaufkraft des deutschen Volkes auf dem Weltmarkte, zwingt uns zu vermehrter Eigenproduktion und zum zunehmenden Verzicht auf ausländische Produkte, wodurch neben die Schleuderpreise der deutschen Waren im Auslande ein Rückgang der Verkaufsmöglichkeiten ausländischer hochwertiger Waren an Deutschland tritt. Daraus erklärt es sich, daß, während in Deutschland unter dem Druck der ungeheuren Kriegslasten die Arbeitslosigkeit mehr und mehr zurückgeht, sie in England wie in den Vereinigten Staaten ins Ungeheure steigt; eine ganze Reihe anderer fremder Staaten, wie die Schweiz, Holland, Schweden usw., fühlen gleichfalls die Wirkungen der deutschen Reparationen am eignen Fleische.

Diese dem niedrigeren Deutschland von militärischen und privatkapitalistischen Politikern aufgezogene Wiedergutmachung würgt nach und nach wie eine schwarze Hand an der Gurgel der ganzen Weltwirtschaft. Die Valutawanklungen sind aufschreiende siebenthafter Kifflosigkeit und privatkapitalistischer Panik vor dem immer näher rückenden Zusammenbruch aller Eliteschöpfungen. Es gehört zwar nicht viel Stuhlheil dazu, diese Verhältnisse und ihre Wirkungen zu erkennen; die tatsächlichen Zustände in Deutschland selbst lehren es von Tag zu Tag deutlicher. Aber auch im Auslande dämmert es und nicht zuletzt in den sogenannten Siegerstaaten. Dem Rauch und dem Traume von den silbernen Äugeln, die einmal allein das Zünglein an der Waage

aller menschlichen Kultur bilden sollten, folgt die Erkenntnis, daß die silbernen Äugeln allmählich zu Bleigewichten werden, die jeden menschlichen Fortschritt hemmen und außerdem nur neue Kriegsgefahren heraufbeschwören, je größer die Sorge um die rein materiellen Bestände wird. Der englische Staatsmann Churchill hat kürzlich in einer großen Rede in Dundee diese großen Gefahren der deutschen Wiedergutmachung beklagt und sich für eine gründliche Umkehr auf dem bisherigen Wege politischer Machtausübung bekannt. Er bekannte offen, daß die ungeheuren Schulden fast aller Staaten die Mittel und Methoden der Bezahlung bei weitem übersteigen. Die Gläubigerstaaten, an die die Bezahlung zu erfolgen habe, könnten nur in beschränktem Maße ausländische Ware, die infolge der Kriegsschuld zu Schleuderpreisen verkauft werden müßte, aufnehmen. Ferner dürften die Siegerstaaten in einem Jahre nur eine bestimmte Entschädigung erhalten, weil sonst ihr eigenes industrielles System ernstlich in Mitleidenhaft gezogen, ihrer Arbeiterbevölkerung das Brot vom Munde weggenommen werde. Infolge der aus allen Aus- und Einfuhrtarifen sowie Sondergesetzen geschaffenen Währungsverhältnisse sei die Kaufkraft der Schuldernationen vollkommen erschollen. Da die letzteren den Gläubigerstaaten bereits mehr schulden, als sie bezahlen können, sind sie gezwungen, nach den Gläubigerstaaten mehr auszuführen, riesige Mengen auszuführen, was ihre natürliche Leistungsfähigkeit ebenfalls weit übersteigt. Auf der andern Seite wollen aber die Gläubigerstaaten diese Waren nicht annehmen aus Furcht, daß darunter ihre eigenen Industrien leiden. Dadurch wird der gesamte internationaler Handel ungescheuer eingeschränkt und jedem Lande großer Schaden zugefügt. Churchill führte zur Begründung seiner Erkenntnis folgenden Beispiel an: In Deutschland arbeiten die Industrien intensiv. Es wird durch seine Ausfuhr in die Lage versetzt, fast jeden Markt, den es bezieht, zu erobern. In den Vereinigten Staaten dagegen ist die Lage ganz anders. Dort verfügt man über Berge von Gold. Der amerikanische Ausfuhrhandel wird sehr eingeschränkt. In Amerika sind daher auch dreimal soviel Arbeitslose wie in England und ein Steigen der Kurve für die Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten wird für die unmittelbare Zukunft angekündigt. Eine Verringerung dieser wirtschaftlichen Gegenläufe erwartet der genannte englische Staatsmann nur davon, daß die Staatsmänner aller Länder sobald wie möglich zusammenkommen, um sich von neuem diesem Problem des internationalen Handels zuzuwenden, damit die Ströme des Angebots und der Nachfrage wieder frei über die Oberfläche der Erde fließen können. England habe versucht, soweit wie möglich, Deutschland eine Möglichkeit zu sichern, seine eigene Wohlfahrt wieder aufzubauen, mit der die Wohlfahrt Frankreichs wie Englands so eng verknüpft sei. England habe sich erboten, zu verzeihen und alle Schulden zu streichen, die ihm europäische Nationen schuldeten; vorausgesetzt, daß England von der geringeren Schuld befreit werde, die es für seine Alliierten bei den Vereinigten Staaten ausgenommen habe. Es würde zum Vortheile der Welt sein, wenn alle internationalen Verpflichtungen, die aus diesem Krieg entstanden sind, von neuem auf praktische Dimensionen herabgesetzt und in eine Kategorie für sich gestellt würden. Unmittelbar notwendig sei aber ein Milderung von internationaler Währung, das von Kriegsverpflichtungen unbeeinträchtigt sein würde und wenigstens zeitweilig und während der Periode der Gesundung den Verkauf von Waren zwischen den Nationen auf einer natürlichen und normalen Grundlage sichern würde. Die Schaffung normaler Währung ist nach Ansicht Churchills wertvoller und dringlicher als die Frage der Abrüstung.

Aus diesen bedeutsamen Darlegungen des englischen Staatsmannes ist ersichtlich, daß alle bisherige Politik die wirtschaftliche Entwicklung in ein Prokrustesbett gezwängt hat, aus dem sie nur durch eine vollständige Abkehr von dieser Politik befreit werden kann. Aber noch ein anderes wichtiges Moment ergibt sich aus diesem wirtschaftlichen

Glaubensbekenntnisse Churchills, und zwar aus seiner nebenläufigeren Beurteilung der Abrüstungsfrage. Hinter dieser Bewertung steckt ein politisches Moment von sehr gefährlicher Tragweite. Denn hinter dieser vernünftigen Einsicht Churchills steht die große Gefahr eines neuen weltweiter zusammenstoßes zwischen England und den Vereinigten Staaten. Englands bisheriges Übergewicht im Welthandel ist nämlich nicht nur von der direkten Wirkung der deutschen „Wiedergutmachung“ bedroht, sondern noch weit mehr auf allen Märkten der Welt durch die Vereinigten Staaten. Churchill bezeichnete zwar in seiner vorstehend erwähnten Rede die amerikanische Flotte als einen Fehlschlag, aber in Wirklichkeit ist z. B. diese Flotte heute schon doppelt so groß als die deutsche im Jahre 1914 und umfaßt heute zwei Drittel der englischen Flotte. Es nähert sich daher die Zeit, da Amerika die Meere beherrschen wird. Nun lehrt aber die Geschichte, daß England jede Bedrohung seines weltwirtschaflichen Übergewichts durch eine andre Nation als casus belli (Kriegsgrund) betrachtet. Und in der Voraussicht dieser Gefahr sucht England sein Bundesverhältnis mit Japan im schroffen Gegensatz zu den amerikanischen Interessen zu festigen. Dazu kommt aber noch ein anderer Grund, der Englands Politik beeinflußt; das ist die Petroleumfrage. Das Dampfeschiff von heute wird nach übereinstimmendem Urteil aller Fachmänner in weniger als zwei Jahrzehnten durch das Petroleumschiff verdrängt sein. Wie einst das Segelschiff durch das Dampfeschiff, so wird das letztere in Zukunft durch das Petroleumschiff abgelöst werden. Wer daher in Zukunft die Petroleumquellen beherrscht, wird auch die Seeherrschaft besitzen. Die amerikanische Petroleumquellen werden jedoch nach Ansicht aller führenden Geologen in etwa 20 Jahren erschöpft sein. Und englische Gesellschaften haben heute schon 90 Proz. aller außeramerikanischen Petroleumquellen unter ihre Kontrolle gebracht. Die Amerikaner werden infolgedessen immer mehr vom ausländischen Petroleumimport abhängig. Aus diesen Tatsachen ergibt sich ein Herannahen der Kriegsgefahr zwischen Amerika und England; dazu kommt noch der alle japanisch-amerikanische Gegensatz, den wir hier nicht weiter aufrollen wollen. Aber so viel ist sicher, daß der wirtschaftliche Untergrund sowohl Amerikas wie Englands einem vulkanischen Boden gleicht, der über kurz oder lang für beide Weltmächte zu einer furchtbaren Entladung führen wird, wenn es nicht gelingen sollte, die bisherige Nivalitätspolitik durch eine Aderbrückung dieser wirtschaftlichen Gegenläufe zu ersetzen. Allen Anzeichen nach wird dies aber kaum noch möglich sein. Das Ausbleiben des Weltkriegs auf dem Boden der alten Welt wird sich auf die neue Welt übertragen und für die Menschheit nur noch schlimmere Zeiten als die gegenwärtigen bringen, und zwar nur deshalb, weil die Grundbesitzer der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung sich bei diesen Weltmächten noch viel stärker zuspitzen und deren privatkapitalistische Grundpfeiler gegenüber den mitteleuropäischen noch viel gewaltiger und erdrückender sind.

Wer sich der Mühe unterzieht, diesem Zusammenhange zwischen Politik und Wirtschaft geistig näher zu kommen, der wird unschwer erkennen, daß hinter dem Verhalten der englischen wie der amerikanischen Staatsmänner gegenüber den neueren Wirkungen der deutschen Wiedergutmachung ernste Sorgen im eignen Hause stecken. Englische und amerikanische Interessen vertragen sich wie Wasser und Feuer. Und so naheliegend es auch scheint, daß aus diesen drohenden Verwicklungen für Deutschland in absehbarer Zeit eine Entlassung eintreten könnte, so wäre es dennoch verfehlt, darauf bestimmtere Hoffnungen zu setzen. Denn die deutschen innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse werden nicht nur von solchen möglichen Erleichterungen beeinflusst, sondern von Seiten der alten reaktionären Gewalten und Klassen in fortwährender Unterminierung der republikanischen Verfassung auf die Möglichkeit eines neuen Weltkriegs zwischen England, Amerika und Japan eingestellt. Diese Herrschaften spekulieren auf diesen Zusammenstoß der großen Weltmächte im Westen und hoffen, dadurch den alten deutschen Klassen

Naal wieder aufrichten zu können. Der Horizont dieser schwarz-weiß-roten Herren, heißen sie nun Dr. Stresemann, Fischer oder Ludendorff, ist viel zu eng, als daß sie zu erkennen vermöchten, daß der im Anzuge befindliche kriegerische Zusammenprall zwischen den heutigen Vormächten der alten und neuen Welt nur noch einen größeren Trümmerhaufen zeitigen wird als der hinter uns liegende Weltkrieg, und daß die daraus resultierenden Staatsumwälzungen noch viel tiefer greifen werden als im alten Europa. Sie spekulieren damit, daß im Fall eines solchen neuen Weltkriegs für Deutschland die Zeit gekommen wäre, seine Friedensvertragspflichten abzuschließen und ihre alte Herrschaft wieder aufzurichten. In Wirklichkeit wird aber auch dann die Entwicklung sich in ganz anderer Richtung bewegen. Deutschlands Rohstoffquellen werden verstopft sein, die Zufuhr ausländischer Nahrungsmittel wird durch englische und amerikanische Kriegsstoffen verhindert oder auf jenes Maß beschränkt werden, das uns durch die Verpflichtung zur Produktion von Kriegsmaterial für die in den neuen Weltkrieg verdrängten Mächte auferlegt werden kann. Mäcker und Ausbeutung der deutschen Volksträfte werden eine noch weit schlimmere Ausdehnung nehmen als heute. Die ganze „alte Welt“ wird in Schlarveerwerbshäufnisse unerschütterlicher Art gezwängt werden. Ein Festhalten an dieser Politik rüchelt letzten Endes die gesamte Wirtschaftsordnung der sogenannten zivilisierten Staaten zugrunde und damit diese selbst.

Dieser allmähliche, gänzliche Zusammenbruch privatrechtlicher Wirtschaftspolitik wäre zwar ein wohlbedienter und vom menschlichen Standpunkt aus begrüßenswert, wenn darunter wenigstens nur jene zu leiden hätten, die sich bisher als deren Träger und Nutznießer betätigt haben. Die große Masse der Völker hat aber davon bis jetzt nur wenig Nutzen gehabt, sondern weit mehr Not und Elend. Die Ströme von Blut, die der letzte Weltkrieg geholt hat, belosten das moralische Konto der privatrechtlichen Wirtschaftsordnung. Die bürgerliche Wirtschaftsweise, wonach der Erwerbssrieb die einzige Triebkraft wirtschaftlicher Tätigkeit ist, hat uns in das gegenwärtige Elend geführt. Ein neuer Weg, ein neuer Geist muß aus diesem Elende herausführen. Und dieser Geist braucht und soll nicht von außen kommen; er liegt in den Lehren des Weltkriegs für alle denkenden Menschen. Wir brauchen daher auch nicht erst noch die Lehren eines weiteren Weltkriegs abzumauern. Die Spekulation der deutschen Nationalisten auf die sich mehr und mehr zehrenden Differenzpunkte zwischen den Siegerstaaten wird eine ebenso falsche Rechnung sein wie feinerseit der verbängnisvolle U-Bootrummel.

Politik und Wirtschaft sind daher sehr widerbaarige Begriffe. Die erstere, ein künstlicher, nicht naturgemäßer Aufbau der Lehren, verbedet die wirklichen Zusammenhänge und Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaft. Die rächt sich dafür durch ganz gewaltige Nachenschläge für alle Turpolitiker und immer größere Gefahrenquellen für die gesamte Volkswirtschaft, wenn die Politiker ihren wirtschaftlichen Untergrund vergessen und glauben, damit Schindluder treiben zu können. In dieser Hinsicht hat wohl kein Volk größere und höhere Kulturaufgaben zu erfüllen als das deutsche und insbesondere die deutsche Arbeiterchaft. Der wahnwitzige Tanz um das goldene Kalb der ausländischen Kapitalisten ist ein Zeugnis kindlicher Gelftesarmut und sozialer Gewissenlosigkeit, die heute schon ihre Rache in den Störungen und Verwicklungen des Welthandels zu erleben beginnt. Die von uns angeordneten Vorböten neuer Kriegesgefahren zwischen den Vereinigten Staaten, England, Japan usw. sind nur Zuschnitt aus dem drohenden politischen Beahel. Je mehr die Siegerstaaten die deutsche Kaufkraft durch die Raffen des Friedensvertrags und die Valutaerpressung schwächen, desto mehr schneiden sie sich ins eigene Fleisch. Die Wirkungen dieser Politik werden für alle Siegerstaaten, die aus deutscher Not und deutscher Arbeit ein mühseliges Schlemmerleben aufbauen wollen, über kurz oder lang ein furchtbares Erwachen ihrer eigenen Arbeiterchaft erleben. Ob aber dieses Erwachen sich in so friedlichen Bahnen halten wird wie die deutsche Revolution, ist eine andre Frage. Die Geschichte der Siegerstaaten enthält in dieser Richtung weit blutigere Follanten. Wir haben keine Ursache, Öl in diese glimmenden Funken zu gießen. Der Versailles Friedensvertrag mit samt dem wucherischen Währungsproblem wird sozusagen automatisch in ablehbarer Zeit Flammen der Empörung und der Revolution aller wirtschaftlichen Grundlagen diesseits wie jenseits der Weltmeere zum Auslöser bringen, wenn des englischen Kolonialministers Ruf an die Staatsmänner der Siegerstaaten eine Stimme in der Wüste bleiben sollte.

Was die deutsche Volkswirtschaft und mit ihr die deutsche Arbeiterchaft anbetrifft, so kann sie daran nach außen hin wenig ändern. Keine Internationale von heute wird imstande sein, diesen Gang der Dinge außerhalb der deutschen Grenzen aufzuhalten. Weder in den Vereinigten Staaten, noch in England und noch weniger in Frankreich kann die Arbeiterchaft dieser Länder das

Imbell aufhalten, das durch die privatrechtliche oder imperialistische Politik mit Riesenschritten dem Abgrunde zuführt. Die Lebenswege der deutschen Arbeiterchaft sind unsern Arbeitsbrüdern in den westlichen Staaten bisher noch erspart geblieben. Not und Elend, Unterdrückung und Arroganz des Unternehmertums hat sie noch nicht zu solchen Schicksalsgemeinschaften zusammengehört wie die deutschen Arbeiter in ihren Gewerkschaften. Und darin liegt die dialektische Kraft der deutschen Volkswirtschaft, die es dem deutschen Volk ermöglicht, sich zu neuem Leben, zu neuer Blüte zu erheben; aber auf ganz anderer und menschenwürdiger Grundlage als bisher. Die ungeheuren Kriegs- und Friedensvertragslasten, die auf unser Volkswirtschaft lasten, wirken wie ein zweischneidiges Schwert. Die eine Seite wirkt zerstörend auf den Weltmarkt ein und die andre trifft die deutsche Produktionskraft und stellt sie vor riesige Aufgaben, die auf der bisherigen Basis des freien Spiels der Kräfte auf die Dauer nicht mehr erfüllt werden können. Noch wehren sich die bisherigen Besitzer (sowohl die Zinsinhaber wie die tatsächlichen Besitzer) der deutschen Produktionsmittel gegen eine gründliche Umformung der Produktions- und Güterverteilung. Aber die von dem Volksgangenen zu leistenden Opfer zur Erfüllung der Friedensbedingungen konzentrieren sich auf dem Wege der Steuererhebung, der Lohn- und Preisregulierung und nicht zuletzt unter dem Druck der internationalen Marktwertung zu einem immer läßlicheren Zwang einer gründlichen Umgestaltung der bisherigen Wirtschaftsform. Die aus dem Friedensvertrage sich ergebenden Sachleistungen bedingen wohl oder übel eine zukünftige Umgruppierung und Zusammenfassung aller Produktionszweige, die ohne größeres Mitbestimmungsrecht der Arbeiterchaft und ihrer Organisationen im Produktionsprozeß, bei der Preis- und Lohnregulierung für die deutsche Volkswirtschaft nicht durchführbar sein wird. Der Wiederaufbauminister Dr. Rathenau hat bei der vor einigen Tagen in München abgehaltenen Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie diesbezügliche Richtlinien aufgestellt, die unverkennbar auf den Weg einer gemeinschaftlichen Planwirtschaft für die wichtigsten Produktionszweige führen. Und die Vertreter der Industrien haben unter Vorbehalt der Ausgestaltung sozialpolitischer Einzelne ihre Mitarbeit zugesagt. Woraus zwar zu entnehmen ist, daß diese Herren der Profit immer noch höher steht als das allgemeine Volkswohl; aber dieser Standpunkt wird sicher noch eine entsprechende Korrektur erfahren. Denn zur Durchführung der betreffenden Sachleistungen gehören nicht nur Unternehmer, sondern auch Arbeiterköpfe und -hände. Außerdem greifen die von der Reichsregierung ausgearbeiteten neuen Steuererlasse so tief in das Wirtschaftsleben hinein, daß sie eine außerordentlich hohe Belastung der Produktionskosten bzw. -preise bedeuten. Sie stellen eine indirekte Besteuerung des Staates an allen volkswirtschaftlichen Quellen dar, die wohl oder übel nur durch eine erhöhte Steigerung der Produktion und Leistungsfähigkeit aller deutschen Industrie- und Gewerbebezweige lundiert werden kann. Dies wird aber weder durch Erhöhung der täglichen Arbeitszeit für den einzelnen Arbeiter, noch durch Wiederholung der Öhne erzielt werden, sondern durch Wiederbelebung der Arbeitsfreude sowohl bei den Hand- wie Kopfarbeitern. In dieser Hinsicht wird sich der gesamte Komplex aller politischen Fragen in kurzer Zeit zu einer völligen Umgestaltung des freien Spiels der Kräfte auf wirtschaftlichem Gebiete verdichten und damit die Wirtschaft wieder zum Träger aller menschlichen Kultur machen, bei der gerade die deutschen Gewerkschaften ausschlaggebender als je zuvor sein werden. Parteipolitische Gesank wird und muß demgegenüber mehr in den Hintergrund treten. Denn Deutschlands wie der gesamten Menschheit Zukunft kann und wird nur besser werden auf dem Boden freudiger und freiwilliger Hingabe aller arbeitsfähigen Kräfte. Die Politik dagegen schafft nur Herren und Knechte, Klassen- gegenüber und Völkerverbeugung, aber weder ideale noch reale Werte.

Weitere Stellungnahmen zu dem neuen Lohnabkommen

Der Ortsverein Magdeburg bezeichne in einer Entschlieung das erzielte Ergebnis als in keiner Weise den gerechten Erwartungen der Gehilfen entsprechend, es bringe keinen auch nur annähernden Ausgleich gegen die unheimlich gestiegenen Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel. Die Versammelten erklärten jedoch, daß sie sich mit den getroffenen Abmachungen abfinden in der Erwartung, daß bei weiterem Anziehen der Preise sofort neue Verhandlungen angeknüpft werden. — Von einer Bezirksvorsteherkonferenz des Gaus Sächsen wurde die Annahme des Einigungsvorschlages mit sechs gegen drei Stimmen gutgeheißen. — Ort und Bezirk Breslau erklärten, daß der Einigungsvorschlag in keiner Weise befriedige. Die Not der Gehilfenchaft erfordere eine wesentlich höhere Zulage. Vom Verbandsvorstande wird erwartet, daß er erneut Verhandlungen nachsucht, um die volle Zulage vom 1. Oktober ab zur Einführung zu

bringen. — In Wiesbaden wurde das Ergebnis als absolut unzureichend abgelehnt und verlangt, daß alle Lohnabkommen der Urabstimmung zu unterwerfen sind. — Die vollständig verarmte Gehilfenchaft von Selmsfeld und Schöningen nahm den Einigungsvorschlag einstimmig an, da auch durch einen Streik eine bessere Lohn-erhöhung nicht zu erreichen sei. Messenungeachtet bestand Abereinstimmung darüber, daß mit der erzielten Lohn-erhöhung der Gehilfenchaft keinesfalls ein menschenwürdiges Dasein garantiert sei. — Die vollständige Kollegenchaft von Jels und Hirschfeld nahm mit Ent- rüstung Kenntnis von dem traurigen Resultat der Einigungs- verhandlungen, sprach den Gehilfenvertretern ihr Mißtrauen aus und verlangte vom Verbandsvorstande sofor- tige Einleitung neuer Verhandlungen auf der Grund- lage der erstmalig gestellten Forderungen. — In Glaucha wurde mit tiefer Enttäuschung Kenntnis genommen von dem neuen, ganz unzulänglichen Lohnabkommen, das über die Köpfe der Gehilfenchaft hinweg abgeschlossen wurde. Die Forderung von 120 Mk. wurde von der Mitglied- schaft aufrechterhalten und als weitere Forderung der Ab- schluss eines Sonderabkommens für das Industriegebiet Ergeblige-Vogland aufgestellt, und zwar mit Unterstützung aus zentralen Mitteln. — Aus Halberstadt, Nord- hauen, Böhlen und Freiburg i. B. vorliegende Be- richte lassen eine präzise Stellungnahme zu dem neuen Lohnabkommen vermissen. Es geht daraus lebhaft her- vor, daß starke Kritik am Verhalten der Prinzipalität sowohl wie der Gehilfenvertretung geübt wurde. Die letztere hätte es auf eine Machprobe ankommen lassen sollen. — Die Mitgliedchaft Waldenburg i. Schl. sprach den Gehilfenvertretern für ihr kurzes und energisches Handeln während den eigentlichen Tarifverhandlungen An- erkennung aus, verurteilte aber die Zustimmung zu dem Abkommen, das weit hinter dem Vorhange Schließes zurücksteht. (?) Vor allem hätte eine Urabstimmung statt- finden müssen. — In einer Bezirksvorsteherkonferenz des Gaus Dresden wurde erklärt, das Gebotene anzu- nehmen, wenigstens es sich mit dem eigentlich Benötigten noch nicht deckt. — Die Mitgliedchaft Dresden nahm in einer sehr stark beschlagen Versammlung nach lebhafter Debatte einen Vorschlag an, der dahin geht, das Erge- nis anzunehmen, obwohl es als ungenügend zu bezeichnen sei, und zwar in der Erwartung, daß bald neue Verhand- lungen beantragt werden. — Eine recht zahlreich besuchte Versammlung in Naumburg a. d. S. erklärte sich nach sehr ausgiebiger Aussprache mit dem Resultat der Einigungs- verhandlungen nicht einverstanden. Zum mindesten hätte das Erzielte einer Urabstimmung unterbreitet werden müssen. Es wird die sofortige allgemeine Zahlung der für den 15. November bestimmten Räte von 25 Mk. erwartet und die Verbandsleitung beauftragt, darauf ab- zielende Verhandlungen mit den Tariforganen einzulei- ten. — Eine Bezirksvorsteherkonferenz des Gaus Mittelrhein, bei deren Stattfinden am 25. September erst das Resultat für die Lohnklasse C vorlag, erklärte in ihrer Entschlieung: Sollte das zu erwartende Resultat für die noch nicht erledigten Lohnklassen A und B, Neu- ausgemernte usw. dem für die Lohnklasse C Vereinbarten entsprechen, so werden sich die Funktionäre, trotzdem auch durch die neuen Lohnsätze die Lebenslage der Gehilfen- schaft den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht angepaßt wird, für die Annahme des Abkommens einsetzen, vor- ausgesetzt, daß die Sonderzulagen für das besetzte und Industriegebiet den Steuerungsverhältnissen entsprechend festgelegt werden. — In gleicher Richtung bewegte sich die Stellungnahme der Mitgliedchaft Mainz.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Bremen. (Maschinenfieber.) Nach längerer Sommer- pause, während welcher in einigen Versammlungen in der Hauptkirche nur die geschäftlichen Angelegenheiten erörtert und technische Neuerungen besprochen wurden, haben jetzt wieder die regelmäßigen Monatsversammlungen begonnen. Am 21. August hielt Herr Diplomingenieur Amster von der „Asbern“ (Augsburg) im Hörsaal des Städtischen Museums einen Lichtbildvortrag über die elektrische Be- zeichnung der Segmaschine. In klarer, allgemeinerständ- licher Weise führte dieser Herr die Folgen durch den Werdegang der Elektrizität bis zur heutigen elektrischen Winkler-Bezeichnung an der Segmaschine. Eine farbige Reihe von Lichtbildern ermöglichte es, sich mit den Einzel- heiten dieser Erfindung, soweit es durch Anschauung mög- lich war, vertraut zu machen. Auch eine große Anzahl Betriebe, in denen die Winkler-Bezeichnung bereits ein- geführt ist, wurde im Bilde gezeigt. Der Vortrag ließ die Überzeugung zurück, daß die elektrische Bezeichnung der Segmaschine von unschätzbbarer hygienischer Bedeutung sein wird. In den Vortrag schloß sich eine Versammlung internen Charakters an. Herrn Amster sowie der „As- bern“ sei auch an dieser Stelle für ihr Entgegenkommen bestens gedankt. — Am 11. September wurde zunächst der neuaufgestellte Preisrichter im „Vollschliff“ beauftragt. Im Anschlusse daran fand eine gemeinschaftliche Ver- sammlung der Korrektoren und Maschinenfieber statt, in welcher Kollege v. Känel (Korrekter) „Die häufigsten orthographischen Verhältnisse“ besprach. Es wäre zu erwarten gewesen, daß alle Kollegen bei dieser Gelegenheit zu einer gemeinsamen Aussprache in ausgiebiger Weise wahrgenommen hätten. Das Urache hierzu vorlag und noch vorliegt, jetzt ein Blick in die Zeitungen. Aber leider mußten diejenigen, die das er- wartet hatten, eine arge Enttäuschung erleben. Das be- zogene Interesse für diese erste gemeinschaftliche Versamm- lung kann wirklich nicht zu weiteren Schritten in der

